Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 121. | Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 25. Mai 1919. | Jahrgang 1.

Drum walt' es Gott, der alles kann,
Der Vater in den Höhen!
Er ist der rechte Held und Mann
Und wird es wohl verstehen.
Wer Gott vertraut,
Hat wohl gebaut
Im Tode und im Leben:
Sein Recht wird oben schweben.

E. M. Arndt.

Die Stunde ist gekommen.

Friedrich Stampfer schreibt im Vorwärts vom 10. Mai:

Ich komme aus Versailles, wo wir Frieden gesucht und Krieg gefunden haben. Ich komme aus Versailles, um den Schläfern in die Ohren zu schreien, daß noch immer Krieg ist. Ihr mögt den Unheilsboten erschlagen, könnt aber an der furchtbaren Tatsache nichts ändern. Obgleich waffenlos sind wir noch immer im Krieg!

Ein wirklicher Frieden zwischen zivilisierten Völkern kann nur werden aus Verhandlungen. Die Gegner wollen nicht verhandeln, und darum wäre es Lüge, wenn sie behaupteten, sie wollten den Frieden. Auch das undefinierbare Druckerzeugnis, das sie uns gestellt haben, ist kein Friedensinstrument, es ist nur der Ausdruck ihres unerbittlichen Willens, den Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk mit andern Mitteln fortzuführen. Darum wäre es Wahnsinn, zu glauben, der Frieden sei dadurch herbeizuführen, daß sechs deutsche Namen auf ein Stück Papier geschrieben würden. Auch nach der Unterzeichnung dieses sogenannten Friedens wäre der Weltkrieg nicht zu Ende.

Das ist der harte Boden der Tatsachen, auf den wir uns stellen und auf dem wir unsere Entschlüsse fassen müssen. Wir sind im Krieg und in der Verteidigung, ob wir unterzeichnen oder nicht. Auch die Unterzeichnung kommt nicht in Betracht als ein Mittel, den Frieden herzustellen; sie kann höchstens diskutiert werden, als ein taktischer Zug in dem fortdauernden Kampf um unsere Selbstbehauptung, den wir zu führen gezwungen sind.

Kann durch die Unterzeichnung nichts weiter erreicht werden als der lügnerische Zustand eines bloßen Scheinfriedens, so bedeutet die Nichtunterzeichnung erst recht Fortdauer des Kriegszustandes. Es gibt drüben Leute, die vor dieser Möglichkeit erschrecken, weil sie die letzte moralische Kraftentfaltung des Geschlagenen fürchten, aber auch andere, die sie herbeisehnen, weil sie von ihr die Gelegenheit erwarten, das Vernichtungswerk an Deutschland in kürzester Zeit zu vollenden. Darum dürfen wir uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Nichtunterzeichnung einen letzten Kampf um Leben und Untergang bedeutet, der furchtbar sein wird, auch wenn dabei kein einziger Tropfen Blut fließt.

Unterzeichnen wir, so stehen wir vor einem neuen Kapitel des Weltkriegs; an die Stelle der brüllenden Vernichtung wird die schleichende treten, die Jahrzehnte dauern kann, und in einem Menschenalter der Verzweiflung werden wir nach der Stunde spähen, die Erlösung bringt. Unterzeichnen wir nicht, so stehen wir vor einem kürzeren Kampf, der uns Untergang oder Rettung bringen muß. Kühl und ruhig müssen wir die Schlagkraft unserer taktischen Kampfmittel untersuchen und gefaßte Entschlüsse mit unbeirrbarer Folgerichtigkeit durchführen.

Daraus folgt, daß wir es nicht machen dürfen wie Rußland. Rußland hat den Bresler Frieden zunächst nicht unterzeichnet, ist aber dann vor der ersten drohenden Geste der damaligen deutschen Gewalthaber zusammengeklappt. Wenn wir erklären, daß wir nicht unterzeichnen, so muß es dabei bleiben, komme, was da will! Nur indem wir die Brutalität des Gegners zur Entfaltung zwingen bis zu dem Punkt, wo sie vor sich selber erschrickt, nur wenn wir eine Kraft des Erduldens und Beharrens zeigen, die der Welt Bewunderung abzwingt und ihr Gewissen erschüttert, nur dann wird es uns gelingen, durch das Maß unserer Opfer das Kommen unserer Stunde zu beschleunigen.

Der Gegner wird versuchen, einzelne Teile Deutschlands zu besetzen und den Rest durch Hunger zur Übergabe zu nötigen. Wir müssen ihn zwingen, ganze Arbeit zu tun; er soll sich genötigt sehen, ganz Deutschland zu besetzen und es zur Kolonie seines sogenannten Völkerbundes zu machen, und wir wollen dann zusehen, wie lange seine äußere und innere Geschlossenheit vorhält; wir haben das heldenmütige Beispiel des kleinen Belgien unmittelbar vor uns, das in ähnlichen Verhältnissen vier Jahre lang ausgehalten hat. Was Belgien konnte, müssen wir auch können.

Dazu brauchen wir die Zusammenfassung aller Kräfte. Sie muß möglich sein aus dem Geist des internationalen Sozialismus. Wir deutschen Sozialdemokraten sind nie blind gewesen gegenüber dem Unrecht, das an Belgien geschah. Ohne Erröten können wir die alten Bände des „Vorwärts" nachschlagen, in denen vom Bresler Gewaltfrieden gesprochen wird, obwohl dieser Gewaltfrieden, um es wieder und wieder zu sagen, an dem schamlosen und blödsinnigen Druckwerk von Versailles gemessen noch immer ein Dokument internationaler Gerechtigkeit und reiner Menschlichkeit gewesen ist. Wir haben mit dem Herzen auf seiten der Buren gestanden, als sie ihren Heldenkampf gegen die mammonistische Umstrickung Englands führten, und die Menschenrechte der armen Hereros gegen die Gewalt des deutschen Kolonialkapitalismus verteidigt. Und jetzt, wo es um unser eigenes Volk geht, sollten wir Sozialisten eine andere Haltung einnehmen? Wer jetzt das eigene Volk in Stich läßt, ist kein internationaler Sozialist, sondern ein elender Wicht.

Die öffentliche Stimmung drängt die Regierung zu rascher Entscheidung. Dazu ist zu sagen: Wir sind im Kriege, und im Kriege sagt man dem Gegner nicht, was man zu tun gedenkt. Wir haben bis zum 29. Mai Zeit, unsere schriftlichen Einwendungen vorzubringen. Wir müssen diese Zeit ausnützen, um eine Antwort fertigzustellen, die unser würdig ist. Wir werden nach Ablauf dieser Frist als Volk durch unsere Delegation und unsere Regierung sagen, was wir zu tun gedenken. Zuvor soll keine Macht der Welt unsere Lippen öffnen.

Das gilt für uns als Ganzes. Aber dem einzelnen ist es erlaubt, jetzt schon den verantwortlichen Männern zuzurufen: „Unterzeichnet nicht!" und seinen Volksgenossen zu sagen: „Haltet Euch bereit!" Haltet Euch bereit, das Schwerste zu ertragen, das je einem Volk beschieden war! Seid stark, bleibt fest! Mit aufatmender Hoffnung werden alle unterdrückten Völker und Klassen der Welt vernehmen, daß das deutsche Volk als Mitkämpfer in ihre Reihen getreten ist. Man wird aufhorchen in Irland, Ägypten, Indien, in den arbeitenden Klassen aller Länder der Welt. Man wird in den Vereinigten Staaten Abrechnung halten mit jenem sonderbaren Nachfolger Washingtons, der nach Europa gekommen ist, um die Freiheit zu verkünden, und der zurückgekehrt, nachdem er geholfen hatte, die Menschenrechte abzuschaffen."

„Es wird kein kurzer und kein leichter Kampf sein. Glaubt nicht an Wunder! Verlaßt Euch nicht auf die Hilfe der französischen Sozialisten, die sich in entscheidender Stunde weder groß noch stark gezeigt haben. Es bedarf noch mehr eines Tropfens, um den Kelch zum Überlaufen zu bringen, aber die Tropfen fallen beständig. Werdet nicht kleinmütig, wenn der erhoffte Erfolg auf sich warten läßt, sondern verharrt in unerschöpflicher Geduld, in unerschütterlicher Zuversicht. Dann wird eure Stunde kommen!"

Die Folgen des Friedensvertrages für die Arbeiterschaft des Saargebiets.

Der Hauptbestandteil der Bevölkerung des industriell hochentwickelten Saargebiets ist die Arbeiterschaft. In den Bergwerken, der Eisenindustrie, den Glashütten, den großen Eisenbahnwerkstätten usw. werden etwa 160 000 Arbeiter beschäftigt, die unter Hinzurechnung ihrer Angehörigen 500—600 000 Personen ausmachen, — also annähernd drei Viertel der rund 800 000 Köpfe betragenden Gesamtbevölkerung der zur Abtretung vorgesehenen Gebietsteile.

Schon aus diesen Zahlen erkennt man, in welchem Maße gerade die Arbeiterschaft betroffen wird von den ungeheuerlichen Forderungen der Friedensbedingungen der Entente. Die Arbeiterschaft des zerstückelten und wirtschaftlich ruinierten rechtsrheinischen Deutschlands wird letzten Endes die vernichtendsten Wirkungen dieses „Verständigungsfriedens" treffen; sie wird wenig mehr übrig behalten als ihre deutsche Nationalität. Die Arbeiterschaft des Saargebiets dagegen verliert auch dieses; für sie werden in bitterer Fronarbeit unter französischer Herrschaft die Leiden des Krieges auf lange, lange Jahre verewigt.

Das zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die genauen Bestimmungen des Versailler Friedensvorschlags. Mehr als in anderen Industriebezirken ist der verheiratete Arbeiter im Saargebiet durch den Besitz eines Häuschens, durch eigenes Garten- und Ackerland mit der heimatlichen Scholle fest verbunden. Die Industrie und vor allem der preußische Staatsbergbau haben seit Jahrzehnten durch eine großzügige Siedlungspolitik diese Entwicklung begünstigt, so daß z. B. bei letzterem nicht weniger als zwei Fünftel der Belegschaft Hausbesitzer sind. In ihren Liegenschaften und ihrem kleinen Viehbestand haben die überwiegend seßhaften Arbeiter des Saargebiets fast ihrer gesamten Ersparnisse angelegt. Umsomehr sind sie nun schutzlos den Praktiken der französischen Politik preisgegeben, da sie bei einer Maßregelung oder Landesverweisung ihren und ihrer Familie wirtschaftlichen Ruin sicher vor Augen sehen. Der unausbleibliche Kampf zwischen Deutschtum und Französisierung wird aber an der Saar in erster Linie in der Arbeiterschaft ausgefochten werden, weil sie zahlenmäßig am bedeutendsten ist und sich Erfolge großen Umfanges, die bei der Volksabstimmung in 15 Jahren in die Wagschale fallen, daher nur in dieser Bevölkerungsklasse erzielen lassen. Nicht deshalb, weil der Saararbeiter etwa weniger deutsch gesinnt ist als die Angehörigen anderer Städte, sondern weil nach Lage der Dinge ihm keine andere Wahl bleibt als Unterwerfung oder wirtschaftlicher Ruin.

Daher haben die Franzosen im Friedensvertrag auch eine ganze Anzahl wirkungsvoller Daumschrauben vorgesehen. Dahin gehört in erster Linie die Einräumung des Rechtes an den französischen Staat, die Bergwerke auszubeuten oder nicht auszubeuten oder an Privatgesellschaften zu übertragen, ferner französische oder andere fremdländische Arbeiter ohne Beschränkung zu beschäftigen. Glauben die Franzosen in der Verwelschung der Bevölkerung nicht den gewünschten Erfolg zu haben, dann brauchen sie nur eine der großen Gruben stillzulegen. Ganze Dörfer der Umgebung sterben dann aus und ihre Bewohner müssen, der hauptsächlichen Verdienstmöglichkeit beraubt, Hab und Gut verschleudern und in Ungewisse hinauswandern; nach Jahresfrist aber werden in den verlassenen und entwerteten Wohnstätten Franzosen zur Beschäftigung in den inzwischen wieder dem Betriebe übergebenen Bergwerk angesiedelt. Eine einzige Maßregelung dieser Art wird jedem Dorf oder jeder Stadt des Bezirks eine ausreichende Warnung sein. Wenn nicht, so sieht der Friedensvertrag noch ein anderes Mittel vor, nämlich eine Änderung des bisherigen Steuerbeitrags der Bergwerke zu den Etats der einzelnen Gemeinden. Und damit über der Bevölkerung mitleidlos die Peitsche geschwungen werden kann, wird für die einzusetzende Regierungskommission volle Regierungsgewalt beansprucht, einschließlich des Rechts auf Anstellung und Entlassung der Beamten. Wehe dem Beamten, der nicht scharf genug vorgeht; er wird unnachsichtlich aus Amt und Brot entfernt, so wie es dutzendweise schon während des Waffenstillstandes geschehen ist.

Auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht greifen einschneidenste und für die Saararbeiter nachteilige Veränderungen Platz. Wohl soll der Arbeiter keine bisher erworbene Rentenansprüche verlieren; aber alle staatliche und sogar private Versicherungen werden völlig von Deutschland gelöst, und es müssen entsprechende Bestandteile der angesammelten Vermögen zur selbständigen Weiterführung aller dieser Versicherungen ausgeliefert werden. Da es sich im Vergleich zu Gesamtdeutschland nur um einen verhältnismäßig kleinen Versicherungsbestand handelt, so wird hierdurch die Ertragfähigkeit ungünstig beeinflußt. Deutsche Gesetze sollen nur soweit Gültigkeit haben, als sie vor dem 11. November 1918 bestanden haben und es sich nicht um Kriegsmaßnahmen dreht. Das würde bedeuten, daß für die Arbeiterausschüsse die gesetzliche Grundlage wegfällt, die

Arbeitslosenversicherung, der Achtstundentag und alle sozialen Fortschritte seit Beginn des Waffenstillstandes für die Arbeiterschaft des Saargebiets solange nicht bestehen, als es den neuen Machthabern gefällt. Französisches Geld soll ungehindert im Saargebiet verwandt werden dürfen, insbesondere zu Lohnzahlungen. Die Wohlfahrtseinrichtungen der Gruben gehen mit den Bergwerken selbst in französischen Besitz über, insbesondere die fiskalischen Arbeiterhäuser, Krankenhäuser, Schulen usw. Wird künftig der deutsche Kranke und Unfallverletzte durch deutsche Ärzte und Schwestern gepflegt werden? Werden die Arbeiterhäuser und Schrebergärten, die Pachtländer der Gruben, überhaupt das ganze Gebiet der Wohlfahrtspflege gerecht und ohne Benachteiligung der deutschgesinnten Arbeiterschaft zugute kommen? Ohne Zweifel wird auf diesem Wege von den Franzosen „gute" und „schlechte" Gesinnung belohnt werden. Der Bekehrung zum Franzosentum dient die weitere unerhörte Forderung, daß

„der französische Staat wird immer als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen und technische Schulen gründen und unterhalten können für den Gebrauch des Personals der Bergwerke und der Kinder dieses Personals und den Unterricht in diesen Schulen in französischer Sprache erteilen lassen können, wird nach Programmen und durch die Lehrer, die er selbst auswählen wird!"

Die raffinierte Verschlagenheit dieser Forderung auf französische Volksschulen in rein deutschem Gebiet kann kaum übertroffen werden. Was sind sodann „technische" Schulen? Es sind die Bergschulen, in denen sich die Franzosen treu ergebene Steiger und Bergbeamte mit der Aussicht auf besseres Fortkommen oder gar Anstellung erziehen wollen, es sind Fortbildungsschulen und schließlich Handfertigkeits-, Haushaltungs- und Kleinkinderschulen, in denen die weibliche Jugend und die Kinder der Bergleute französisch vergiftet und dem Deutschtum abspenstig gemacht werden sollen!

Ein teuflisch ausgeklügeltes System sehen wir vor uns, um aus der einstweiligen Besatzung eine dauernde zu machen. Die heutigen Kinder, durch 15 Jahre im französischem Geiste bearbeitet, sollen alsdann an der vorgesehenen Volksabstimmung teilnehmen. Diese wird sicherlich (wie es jetzt für Malmedy und Eupen der Fall sein) öffentliche Stimmabgabe vorsehen. Kann man zweifelhaft sein, wie eine derartig bearbeitete Jugend, wie eine inzwischen von Frankreich wirtschaftl. abhängig gewordene Bevölkerung sich bei öffentlicher Stimmabgabe entscheiden wird, — zumal sie weiß, daß Deutschland niemals wie ausbedungen, das für 1000 Jahre ausreichende Kohlenvorkommen samt seinen großen Bergwerksanlagen mit allen Nebenbetrieben in Geld zurückkaufen kann?! Man stelle sich die Gewissensnöte dieser armen Menschen vor, die von allen Verbindungen mit dem deutschen Vaterlande losgelöst werden und selbst nicht mehr zur deutschen Nationalversammlung ihre Abgeordneten entsenden dürfen. Wohl sollen die Arbeiterorganisationen „Wünsche vortragen" dürfen; aber daneben dürfen auch französische Gewerkschaften arbeiten. Wohl soll eine Vertretung der Einwohner geschaffen werden; aber sie ist nur „anzuhören" und darf nicht gleichberechtigt bei den Maßnahmen der von der Entente einzusetzenden Sonderregierung mitzuwirken. Mit keinem Wort ist die Rede von den politischen und persönlichen Rechten und den Freiheiten der Bevölkerung und der Garantierung ihres Deutschtums. Dagegen geschieht alles, um sie desselben zu entkleiden: die Erwerbung einer anderen (lies: französischen) Nationalität wird begünstigt, ebenso die den Franzosen sehr gewünschte Abwanderung!

Über diesen Vertrag gibt es nur ein Urteil und das hat auch unsere Regierung verkündet: Er ist unannehmbar!

Zur Friedensfrage.

Der Notenwechsel in Versailles.

Von deutscher Seite wurden am Donnerstag Herrn Clemenceau zwei Noten übergeben, die erste über die Frage des deutschen Privateigentums im Auslande, die zweite über das Arbeiterrecht, die letztere als Erwiderung auf die von gegnerischer Seite nach Versailles gelangte Antwortnote. Gleichzeitig sind zwei Noten Clemenceaus eingegangen: 1. die Antwort auf unsere Note über die wirtschaftlichen Folgen des Entwurfs der Friedensbedingungen, 2. die Antwort auf unsere Note betreffs des Völkerbundes, wovon die französische Presse bereits Auszüge bringt. Hiernach hat die Kommission der alliierten und assoziierten Mächte den deutschen Völkerbund-Entwurf mit Interesse gelesen und glaubt, daß einzelne seiner Bestimmungen mit vielem Nutzen später verwendet werden könnten, sobald der Völkerbund erst endgültig errichtet ist. — Also auch hier wird wieder ausdrücklich betont, daß wir uns erst den Anordnungen der Entente zu fügen haben. Daß der Völkerbund später allenfalls nach den deutschen Anregungen ausgebaut werden kann, ist doch ein sehr unsicheres Versprechen. Die deutsche Geneigtheit, abzurüsten, wird mit Genugtuung begrüßt und es wird darauf hingewiesen, daß der Ententeentwurf auch bereits ähnliche Vorschläge enthält.

Meinungsverschiedenheiten in der amerikanischen Delegation.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, herrschen unter der amerikanischen Delegation ernste Unstimmigkeiten über den Friedensvertrag. „Daily Herald" meldet eine allgemeine Enttäuschung und Entrüstung der amerikanischen Delegierten. Es werden bereits die Namen der zurückgetretenen Mitglieder genannt. Es sind: Der Chef des Informationsdienstes Bullitt, der führende Sachverständige für wirtschaftliche Angelegenheiten Young und der führende Sachverständige für Territorialfragen Bowman. Noch sechs andere hervorragende Mitglieder der amerikanischen Delegation haben ihre Entlassung eingereicht. Sie fühlen, daß sie irregeführt wurden, und sie beanstanden die heimlichen und autokratischen Methoden des Viermännerrats und deren Mißachtung des Willens der verschiedenen Nationen.

Der italienische Ministerrat.

Der Ministerrat in Oux an der französisch-italienischen Grenze wurde im Salonwagen der Minister abgehalten, die aus Rom gekommen und gegen die Zudringlichkeit Neugieriger durch einen Kordon von Truppen geschützt waren. Im Laufe der Beratungen berichtete Ministerpräsident Orlando seinen Kollegen eingehend über das von der italienischen Delegation in Paris Erreichte. Bei dieser Unterredung ließ sich Orlando über die großen Schwierigkeiten, die die Frage Fiume hervorgerufen, und die anderen Probleme, bei denen die italienischen Ansprüche zu denen der anderen in Widerspruch gestanden hätten, aus und erklärte, das meiste, was erzielt worden sei, wäre durch die strikte Beobachtung der Disziplin erreicht worden. Da der Ministerrat sich mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten und der italienischen Vertretung in Paris und ihren Arbeiten einverstanden erklärte, muß also nun doch der italienische Konflikt mit Wilson zugunsten Italiens ausgegangen sein.

Neue Beratungen in Spaa.

Reise des Ministerpräsidenten Scheidemann nach Spaa.

Der Ministerpräsident Scheidemann hat sich Donnerstag abend, begleitet von den Reichsministern Dernburg und Erzberger, dem Vorsitzenden der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, dem Grafen Bernstorff sowie dem Reichskolonialminister Bell nach Spaa begeben. Desgleichen haben sich die deutschen Friedensdelegierten Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, Reichsjustizminister Dr. Landsberg, Reichspostminister Giesberts, Präsident Oberbürgermeister Leinert, Professor Dr. Schücking und Dr. Melchior nach Spaa begeben, um dort selbst mit Mitgliedern der Reichsregierung die demnächst in der Friedensfrage abzugebende Erklärung zu besprechen und deren endgültige Fassung zu beschließen.

Der Zweck der Zusammenkunft.

Diese Zusammenkunft in Spaa ist notwendig geworden, weil der Verkehr zwischen Berlin und Versailles technisch außerordentlich erschwert war. Besonders schwierig gestaltete sich die Fertigstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Vorschläge, zur Beseitigung der mehr technischen als sachlichen Schwierigkeiten war eine mündliche Aussprache der einzelnen Minister unvermeidlich. Außerdem ist die Reichsregierung fest entschlossen, dem deutschen Volke so schnell wie irgend möglich Klarheit über die deutschen Gegenvorschläge und damit zugleich über die Friedensaussichten zu geben. Das Schriftstück, das die deutschen Gegenvorschläge umfaßt und nunmehr dem Ministerrat in Spaa bei der Beratung zugrunde liegt, wird nicht so umfangreich sein, wie das Friedensinstrument unserer Gegner. Doch wird es ergänzt durch die einzelnen Noten, die die deutsche Delegation der Friedenskonferenz zustellt.

Ueber diese Zusammenkunft der deutschen Friedensdelegation mit den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Reichsministeriums in Spaa sind selbstverständlich schon die mannigfachsten Gerüchte in die Welt gesetzt worden. Demgegenüber muß betont werden, daß die Regierung nach wie vor den Standpunkt vertritt, daß der Friedensvertrag der Entente in seiner jetzigen Form unannehmbar ist. Die erneuten Beratungen in Spaa bezwecken lediglich die endgültige Feststellung des Wortlautes der sechs Noten und der umfangreichen Denkschrift. Ueber die Grundlinien dieser Noten und Denkschrift ist zwischen Berlin und Versailles ein vollkommenes Einverständnis teils schon in Spaa, teils in einigen Punkten in telephonischen Gesprächen erzielt worden. Die deutsche Antwort muß bekanntlich bis zum 29. Mai den Alliierten übergeben werden. Doch werden, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, die deutschen Gegenvorschläge der Entente bereits früher übergeben werden, so daß die angegebene Frist nicht unbedingt innegehalten werden muß.

Unsere Kriegsgefangenen.

Clemenceau verweigert jede Erleichterung für unsere Kriegsgefangenen.

Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau hat am Donnerstag der deutschen Friedensdelegation die Antwort auf die deutsche Note betreffend die Kriegsgefangenen zugestellt. Diese Note ist wohl das brutalste Stück, das sich Clemenceau bisher den Deutschen gegenüber geleistet hat. Es läßt sich wohl kaum ein grausameres Dokument des Hasses finden,

Gründung eines Verbandes der freien (privaten) Schulen und Erziehungsanstalten in Großthüringen.

Thüringen wurde wohl gelegentlich schon das pädagogische Herz Deutschlands, oder — wie Goethe sich ausdrückte, die „pädagogische Provinz" genannt. Und zwar mit Recht, denn die bedeutendsten Strömungen auf unterrichtlichem Gebiet gingen von hier aus oder hängen eng mit Thüringen zusammen. Diese Bedeutung verdankt Thüringen in erster Linie den seit altersher hier in hoher Blüte stehenden Privaterziehungsanstalten. Darum ist es in hohem Maße bedauerlich, daß auch hierzulande Stimmen laut werden, die die Sozialisierung dieser freien Schulen und Anstalten verlangen. Um dieser Gefahr zu begegnen, traten am 4. und 5. Mai Vertreter der Privatschulen aus allen Teilen Großthüringens zu einer Tagung im Deutschen Hause in Jena zusammen. Der Direktor des weltbekannten Erziehungsheims und Jugendsanatoriums auf der Sophienhöhe, Herr Trüper, eröffnete und leitete die Versammlung. Aus seinen Ausführungen klang mit aller wünschenswerten Klarheit und Kraft die Überzeugung heraus, daß die Unterdrückung der freien (privaten) Schule schwere materielle, besonders aber ideelle Schädigungen des deutschen Volkskörpers zur Folge hätte, daß darum ein Zusammenschluß aller Privatschulen nicht bloß eine persönliche und private, sondern vor allem eine vaterländische Pflicht zur Erhaltung wertvoller ideeller Güter sei. Von diesem Geiste waren die beiden Verhandlungstage von der ersten bis zur letzten Stunde beseelt. So machten gleich auch tiefen Eindruck die sachlich klaren und überzeugungsstarken Ausführungen des Herrn Professor Dr. Roth aus Leipzig, der an der Hand der Ziele und des Schicksals des früheren Privatschulvereins die Notwendigkeit der Gründung eines Verbandes der freien Erziehungsanstalten in Thüringen nachwies. Da alle Anwesenden sich einmütig zu den Ausführungen der beiden Redner bekannten, wurde alsbald zur Gründung des Verbandes geschritten. Auch die Satzungsberatung atmete den Geist voller Einheitlichkeit. Wenn die Versammlung naturgemäß auch auf die Wahrung der materiellen Güter Gewicht legte, so wurde doch von den verschiedensten Rednern immer wieder mit vollem Nachdruck die Sicherung der ideelen Güter der freien Schule in den Vordergrund gerückt. Dieser Grundzug trat besonders überzeugend in den beiden Vorträgen zutage, die der zweite Versammlungstag brachte. Herr Direktor Dr. Adrian-Erfurt berichtete in seiner klaren, oft mit Humor gewürzten Ansprache über die wirtschaftliche Bedeutung der privaten Anstalten an der Hand von statistischem Material, das ihm von einer Reihe von thüringischen Privaterziehungsanstalten zugegangen war.

Er entwickelte dabei folgende Gedanken:

„Mit den freien Schulen ist es ähnlich wie mit den mancherlei Pflanzen im Haushalt der Natur. Sie nutzen jede Daseinsmöglichkeit aus und werden dadurch zu Schöpfern geistiger und wirtschaftlicher Lebenswerte. Als Lebenswerte, die die Entstehung und den Bestand von freien Schulen als berechtigt erscheinen lassen, haben bisher immer gegolten: Religion, Liebestätigkeit, Familienersatz, Heilerziehung, Naturzauber, Kulturbildungsgüter. Plötzliche, schonungslose Aufhebung der Privatschulen wäre geistiger Bolschewismus und volkswirtschaftlicher Selbstmord! denn sie vernichtete den Nachfragewert in den mannigfaltigen Erziehungsbedürfnissen vieler Kinder, verkennte den Wert des Angebotes von Arbeitswillen und Arbeitskraft in den Erziehungsbedürfnissen vieler Kinder, verkennte den Wert des Angebotes von Arbeitswillen und Arbeitskraft in den Erziehern und Angestellten, verurteilte den Erfinder- und Forschergeist vieler Privatschulunternehmer zur Untätigkeit, entwertete viele blühende Anstalten und verstopfte zahlreichen Volksgenossen die Quellen lohnenden Erwerbes. Eine vernünftige Staatsregierung wird darum nicht umhin können, die Frage der Privatschulen aufs sorgfältigste zu erwägen und erst dann und nur insoweit eine Verdrängung durch Staatseinrichtungen eintreten zu lassen, als ein vollgültiger Ersatz in religiöser, sozialer, erziehlicher, geistiger und materieller Beziehung sicher gestellt ist.

Herr Schulrat König — früher Kreisschulinspektor in Mülhausen, zuletzt bis zu seiner Vertreibung Seminardirektor in Straßburg — beleuchtete im Anschluß an diesen Vortrag die Notwendigkeit der privaten Schulen für die neue Zeit. Ausgehend von dem Gedanken, daß die Forderung der Entfaltung aller Kräfte von den neuen Machthabern mit besonderem Nachdruck betont wird, wies er nach, daß die volle Verwirklichung dieser durchaus berechtigten Forderung ohne die Arbeit der Privatschule unmöglich sei. Sonder- und Unterbegabungen verlangten zu ihrer Feststellung und der Erkennung ihrer tieferen Ursachen, vor allem aber zur erfolgsicheren Behandlung die Einrichtungen und die Opferwilligkeit der Freischule. Sie sei also im Interesse der Einzelnen unerläßlich. Ebenso notwendig sei aber die Privatanstalt im Hinblick auf die Förderung der pädagogischen Theorie und Praxis. So wertvoll auch z. B. die Versuchsschule sei und so warm auch ihre weitere Verbreitung begrüßt werden müsse, so stehe doch nach vielen Seiten hin die Privaterziehungsanstalt viel freier da, und der pädagogische Reformer könne am besten und leichtesten in der Freischule an der Verwirklichung seiner Ideale arbeiten. Endlich liege aber auch der Fortbestand der Privatschulen durchaus im Interesse des Staates, schon aus den vorerwähnten Gründen. Dann aber aus deshalb, weil sie die Möglichkeit der Wahrung der Gewissensfreiheit für Eltern und Lehrer biete. Wo aber das Gewissen unterdrückt werde, da entstehe eine geistige Irredenta, die mit innerem logischen Zwang zur Lockerung, ja zur Unterwühlung des Staatsverbandes führen müsse. Darum sorge der Staat am besten für das Wohl der einzelnen, für die geistig, sittlich, sozial, staatlich so bedeutsame pädagogische Forschung und Praxis, ja für seine eigene Festigung und Emporentwicklung, wenn er den Bestand der Privatschule sichere und sich ihrer mehr als bisher pflegend annehme, anstatt alles dem Zwange zu unterwerfen.

Die Besprechung, die sich den beiden Vorträgen anschloß, zeigte, daß die Redner der Versammlung aus der Seele gesprochen hatten und verdichteten sich in dem Beschluß, den Hauptinhalt der beiden Vorträge in einer Resolution zusammenzufassen und sie der Nationalversammlung wie den Landesvertretungen zu überweisen. Auch sollen die beiden Vorträge durch den Druck einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Endlich soll auch auf die demnächst erscheinende Schrift des Vorsitzenden Trüper über die freien Schulen und Erziehungsanstalten (Verlag von Hermann Beyer u. Söhne-Langensalza) in weiteren Kreisen hingewiesen werden.

Zum Schluß fand noch die Vorstandswahl statt, in der Direktor Trüper-Jena zum Vorsitzenden, Direktor Sommer-Jena zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Möge dem neuen Verbande im Interesse unserer Jugend, der Erziehungswissenschaft und unseres Vaterlandes ein voller Erfolg in seinen Bemühungen beschieden sein!

als es diese Ablehnung der deutschen Forderung auf Verbesserung des Loses unserer Kriegsgefangenen darstellt. Die Antwortnote hat bei der deutschen Delegation die größte Entrüstung hervorgerufen, nicht bloß weil sich die Entente damit auch noch in einer Frage ablehnend verhält, bei der die Ablehnung eine völlig sinnlose Grausamkeit bedeutet, sondern vor allem deshalb, weil die Antwort der Entente diese Gelegenheit benutzt, um die gehässigste Agitation gegen Deutschland und die gefangenen deutschen Soldaten zu treiben. Die gebührende Antwort wird nicht ausbleiben.

Clemenceau sucht die weitere Zurückhaltung der deutschen Gefangenen durch die Beschuldigung zu rechtfertigen, daß die Grausamkeiten der Deutschen gegen französische Gefangene viel größer waren, und sie soll ein Erpressungsmittel zur beschleunigten Unterzeichnung des Vertrages sein. Zur Erreichung dieser beiden Zwecke wird zunächst die sofortige Auslieferung der Gefangenen abgelehnt. Die Verweigerung der Auslieferung der Gefangenen, die sich Straftaten haben zu Schulden kommen lassen, wird damit begründet, daß Schwerverbrecher ihrer Strafe nicht entzogen werden dürften. Im Waffenstillstandsvertrag aber ist die sofortige Auslieferung aller französischen Gefangenen einschließlich der verurteilten Verbrecher verlangt und gewährt worden.

In dem Schriftstücke, das vollständig aus dem Geist Clemenceaus entstanden ist, heißt es u. a.:

„Was die zweite Frage angeht, so bringt die deutsche Friedensdelegation keine bestimmte Anregung in Vorschlag, hinsichtlich dessen, was sich auf die Milderung bezieht, die sie in dem Geschick der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedens und dem ihrer Heimbeförderung eintreten zu lassen vorschlagen möchte. Die alliierten und assoziierten Mächte wissen nicht, welche Milderung gewährt werden könnte, denn sie haben sich mit peinlichster Gewissenhaftigkeit bemüht, die Kriegsgesetze zu beobachten und den Forderungen der Menschlichkeit in der Behandlung, welche sie den Kriegsgefangenen gewährt haben, Genüge zu leisten.

In Erwiderung auf die deutsche Forderung bezüglich einer

uneingeschränkten Gegenseitigkeit

müssen die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte die Erklärung abgeben, daß sie es für erforderlich gehalten haben, den Artikel 222 einzufügen wegen der Behandlung, welche ihre eigenen in Deutschland während des Krieges internierten Staatsangehörigen zu erleiden gehabt haben. Da keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und durch die alliierten und assoziierten Mächte andererseits möglich ist, so kann in dieser Hinsicht keine Gegenseitigkeit gefordert werden.

Was die Ernennung einer Kommission betrifft, die sich mit der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen zu befassen hätte, so werden die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte mit höchster Bereitwilligkeit Kommissionen dieser Art einsetzen, sobald der Friede unterzeichnet ist. Sie bedauern indessen, an ihre Einsetzung nicht denken zu können, so lange sie nicht benachrichtigt worden sind, daß die Bevollmächtigten des Deutschen Reiches den Frieden zu unterzeichnen beabsichtigen."

Eine neue Ausrüstung der Kriegsgefangenen mit Bekleidungsstücken wird abgelehnt, da die Menge der den Alliierten zur Verfügung stehenden Bekleidungsgegenstände noch völlig unzureichend sei und da es keinen anderen Vorrat gebe, dem man das Nötige entnehmen könne. Außerdem sei die Ausrüstung der deutschen Kriegsgefangenen in verhältnismäßig gutem Zustande. Diese Behauptung ist doch sehr zu bezweifeln. Wer wochenlang im Dreck des Schützengrabens gelegen hat und dann, wie sehr viele in französische Gefangenschaft geratene Deutsche, drei Tage lang in einem von Stacheldraht umzogenen Schlammplatz, in dem sie bis zu den Knöcheln versanken, ohne die Möglichkeit, sich an einer trockenen Stelle niederzulegen zubringen mußte, kann natürlich nicht mehr menschenwürdig gekleidet sein.

In einer halbamtlichen deutschen Auslassung zu der Note wird festgestellt, daß die Tatsache, daß auch von französischen Kriegsgefangenen Verbrechen begangen worden sind, die Entente nicht abgehalten habe, die bedingungslose Rückgabe aller Gefangenen zu verlangen. Die Behauptung der alliierten und assoziierten Regierungen, daß keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch Deutschland einerseits und durch die alliierten und assoziierten Regierungen andererseits möglich sei, ist geradezu ungeheuerlich: sie wird widerlegt durch unzählige eidliche Aussagen deutscher Kriegsgefangener, die namentlich in Frankreich das härteste Los zu erdulden hatten. Die deutsche Regierung wird übrigens über die Verbrechen und Vergehen der französischen Kriegsgefangenen in der deutschen und in der neutralen Presse eine Zusammenstellung in kürzester Zeit veröffentlichen lassen.

•

Die deutschen Zivilgefangenen in England

werden auf Wunsch in die Heimat zurückbefördert. Die Heimbeförderung der deutschen Zivilgefangenen aus den englischen Besitzungen sei ebenfalls ins Auge gefaßt. Von den belgischen, der französischen und der englischen Regierung ist ferner die Heimbeförderung schwerverwundeter und kranker deutscher Kriegsgefangener zugestanden worden.

Die Einnahme Rigas.

Keine Beteiligung deutscher Truppen bei der Wiedereinnahme der Stadt.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers" wurde Riga am Donnerstag durch Verbände von lettischen, baltischen und deutschen Truppen nach einem Vorstoß auf breiter Front genommen. Unter den ersten, die in die Stadt einmarschierten, befand sich der bekannte Baron von Manteuffel, der Führer des baltischen Stoßtrupps, der am 16. April das Kabinett Ulmanis gestürzt hatte. Das Kabinett Needra wird, sobald es die Verhältnisse gestatten, nach Riga übersiedeln und das Ministerium auf eine breitere Grundlage stellen. — Die estnische Nationalversammlung hat die selbständige Republik Estland ausgerufen.

Von halbamtlicher Seite wird zu der Nachricht über die Einnahme Rigas, die übrigens bereits vor einigen Tagen von einem lettischen Büro aus Kopenhagen verfrüht gemeldet worden war, bemerkt, daß deutsche Truppen an der Wiedereroberung der Stadt Riga nicht beteiligt waren. Es scheint sich lediglich um ein Vorgehen lettischer Freiwilligenverbände zu handeln. Die Einnahme Rigas ist jedenfalls, wenn die Nachricht richtig ist, mit so schwachen Kräften erfolgt, daß nicht anzunehmen ist, daß sich die Letten den Bolschewisten gegenüber werden halten können, die bei Dauk. im Westen von Riga, bereits erneut sehr stark angreifen.

Ueber Rußland liegen die widersprechendsten Nachrichten vor. Die Ententemeldungen, daß die Truppen der Armee Koltschak gegen die Bolschewisten erfolgreich gewesen sind, scheinen richtig zu sein. Ihnen steht aber die Tatsache gegenüber, daß die Bolschewisten an den übrigen Fronten nach den hier vorliegenden Nachrichten ganz wesentliche Vorteile errungen haben. Die bolschewistische Armee soll jetzt gegen eine Million Mann stark sein; darunter sollen sich 4000 gut durchgebildete Frontkämpfer befinden.

Haben Sie schon versucht

einen Ihrer Freunde oder Bekannten zu einem Probeabonnement für den **Monat Juni** zu gewinnen? Bitte, helfen Sie, daß die Gedanken, die Ihre Zeitung vertritt, eindringen in das Volk. Für einen Monat kostet die Zeitung, an der Post bestellt, 80 Pfg. und 14 Pfg. Bestellgeld.

?

Preuß. Landesversammlung.

Schaffung eines Wohlfahrtsministeriums.

Berlin, 22. Mai.

Nach Erledigung eines Wahlprüfungsantrages beschäftigte sich das Haus heute mit dem Etat des neuen Wohlfahrtsministeriums. Zu dem Etat lagen u. a. zwei Anträge des von dem bekannten Physiologen Geheimrat Abderhalden geleiteten Ausschusses für Bevölkerungspolitik vor; der eine fordert an allen Universitäten und Akademien für praktische Medizin sofortige Einrichtung des Unterrichts in sozialer Hygiene, der Ausbildung aller künftigen beamteten Aerzte in dieser und die größere Berücksichtigung dieses wichtigen Faches bei den ärztlichen Prüfungen. Der andere Antrag verlangt, daß alle Gemeinden ausreichende Einrichtungen für Körper- und Gesundheitspflege zu schaffen und auszugestalten gehalten sein sollen.

Zur Hebung der Volksgesundheit, die durch den Krieg ganz besonders gelitten hat, schlug Frau Hanna (Soz.) eine großzügige Wohnungsreform vor. An Hand eines reichen statistischen Materials befürwortete die Abgeordnete eine tatkräftige Förderung der Jugendfürsorge und der anderen Einrichtungen, die zum Bereich des neuen Ministeriums gehören.

Der Minister für Volkswohlfahrt Stegerwald begründete die Notwendigkeit dieses neuen Ministeriums. Die ungeheure Vernichtung kostbarsten Menschenlebens infolge des Weltkrieges — die Zahl der deutschen Kriegsopfer beläuft sich bekanntlich auf über zwei Millionen — zwinge uns unter Anwendung aller gegebenen Mittel, für die Schließung der Lücken zu sorgen und eine Wiederherstellung der körperlichen und sittlichen Volkskraft herbeizuführen. Das neue Ministerium wird aus den Abteilungen für Volksgesundheit, für Wohnungs- und Siedelungswesen und für Jugendpflege und allgemeine Fürsorge bestehen. Der Minister erläuterte hierauf die Aufgaben des neuen Ministeriums, das sich der Unterstützung aller Kreise und Berufe des Volkes erfreuen sollte.

Abg. Faßbender (Ztr.) hob das eigentümliche Zusammentreffen hervor, daß wir in dem Augenblick, wo die Feinde uns vernichten wollen, daran denken, die Volkswohlfahrt in Preußen in neue Bahnen zu leiten. Der Abgeordnete trat dafür ein, dem Wohlfahrtsministerium eine Zentralstelle gegen Schmutz in Wort und Bild anzugliedern.

Die demokratische Abgeordnete Frau Dönhoff billigte jeden Aufwand für die Volksgesundheit. Auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege müssen gerade die Frauen als besonders geeignet zur Mitwirkung herangezogen werden. Die Rednerin regte die Bildung eines Wohlfahrtsparlamentes aus den bereits bestehenden Privat-Wohlfahrtsorganisationen an.

Abg. Dr. Negenborn betonte die Unmöglichkeit einer erfolgreichen Wohlfahrtspolitik auf Jahre hinaus bei Annahme der Friedensbedingungen. Darüber sollte der Minister unter Mitwirkung der Zentrale für Heimatdienst Aufklärung im Volke schaffen.

Die nächste Vollsitzung wird mit Rücksicht auf die Ausschußberatungen erst am Dienstag stattfinden. Dann wird das Haus bis zum 4. Juni durchtagen.

Kleine Anfragen.

— Berlin, 23. Mai.

Vor Eintritt in die Weiterberatung des Etats des Volkswohlfahrtsamtes erledigte das Haus heute eine ganze Reihe kleiner Anfragen; zu deren Beantwortung sich neben zahlreichen Kommissaren Heine, Am Zehnhoff, Haenisch und Braun eingefunden hatten. Die durch den ersten Staatsanwalt in Königsberg auf Drängen eines kommunistischen Hausens verfügte Haftentlassung von zwei des Landesverrats verdächtigen Kommunistenführern hat, wie Justizminister Am Zehnhoff mitteilte, zu der Amtsenthebung und Entlassung des Beamten geführt. Gegen die durch das französische Besatzungskommando im Saargebiet verursachte Ausweisung angesehener Bürger und zahlreicher Bergleute hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa Einspruch erhoben. Bei der Beantwortung einer Anfrage über die Annahme der Kirchenräubereien in Oberschlesien stellte der Minister des Innern, Heine, scharfe Maßregeln gegen das wachsende Verbrechertum in Aussicht und kündigte die Schaffung einer Zentrale gegen das Verbrecherwesen an. Nach Erledigung weiterer Anfragen setzte das Haus die Beratung der Vorlage zur

Schaffung eines Wohlfahrtsamtes

fort.

Der volksparteiliche Abg. Held wandte sich gegen die welfischen Bestrebungen auf

Gründung eines selbständigen Hannovers.

Auch der Minister des Innern Heine verurteilte aufs schärfste die Haltung der hannoverschen Partei, die darauf hinauslaufe, Hannover vom Reich los zu trennen. Die welfische Partei habe sich an den Delegierten in Versailles, Leinert, gewendet, damit er für die Herstellung eines selbständigen Hannovers eintrete. Jeder deutschdenkende Mann müsse einen solchen Plan zurückweisen. Unsere Versuche, die Friedensbedingungen zu mildern, würden hierdurch durchkreuzt und die Einigkeit des deutschen Volkes zerstört.

Der welfische Abg. Wiester wandte sich unter großer Unruhe des Hauses gegen die Ausführungen des Ministers. Erregte Pfuirufe erschallten von allen Seiten des Hauses, als der Welfe zum Schluß seiner Entgegnung den Kampf gegen Preußen proklamierte, der nicht eher aufhören würde, als bis von Hannover die schwarz-weißen Fahnen heruntergeholt seien.

Nach Ueberweisung des Nachtragsetats an den Haushaltsausschuß knüpfte sich eine längere Erörterung an den Antrag der Regierung, die Notverordnung vom 30. September 1918 über die

Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder

durch die Landesversammlung als die Rechtsnachfolgerin der Kammern des bisherigen preußischen Landtags zu genehmigen.

Schließlich wurde die Angelegenheit dem Handelsausschuß überwiesen. Mehrere Anträge betr. Erhöhung der Altpensionäre und Rentenempfänger wurden ebenfalls zu eingehender Beratung dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Ein Antrag Dr. Friedberg (Dem.) auf Räumung der Schulen und anderer öffentlicher Gebäude wurde nach kurzer Aussprache angenommen.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs

zur Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht.

Kultusminister Haenisch empfahl die Vorlage, die einem alten Wunsche der Lehrer entspräche. Die Lehrer haben ein Recht darauf, nur von Fachleuten beaufsichtigt zu werden. Das gilt auch für die nebenamtliche Kreisschulinspektion. Abg. Baumeister (Soz.) begrüßte die Vorlage im Namen der Lehrerschaft. Abg. Herold (Ztr.) erklärte, daß seine Fraktion für die Fachaufsicht sei, daß aber der Einfluß der Kirche auf die gesamte religiös-sittliche Erziehung der Jugend anderweit sichergestellt werden müsse.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Dienstag. Der Sonnabend ist den Beratungen in den Ausschüssen vorbehalten.

Deutsches Reich.

:: **Das Ostmarkenparlament** setzte am Freitag seine Beratungen im Abgeordnetenhaus fort. Ministerpräsident Hirsch sowie Handelsminister Fischbeck nahmen an den Beratungen teil. Der Oberpräsident von Ostpreußen wies darauf hin, daß die Entente wohl beabsichtige, den abzutrennenden Ostzipfel, die Kreise Memel-Heydekrug, mit Estland und Livland zu einem Sonderstaat zu verbinden, um durch ihn wie durch den polnischer Staat eine völlige Abtrennung deutschen Gebietes von Rußland herbeizuführen. Die Konferenz wählte hierauf für den nördlichen und südlichen Teil der bedrohten Gebiete zwei Ausschüsse, die nach Stärke der Fraktionen zusammengesetzt sind und fortan selbständig tagen. Das Plenum, das etwa 120 Mitglieder umfaßt, soll nur von Fall zu Fall bei besonderer Dringlichkeit zusammengerufen werden.

:: **Erneuter polnischer Waffenstillstandsbruch.** Die Polen haben sich in den letzten Tagen erneut grober Verletzungen des Waffenstillstandes schuldig gemacht. Sie setzten sie nördlich Kempen, diesseits der Demarkationslinie, zwei Feldscheunen in Brand und wurden in Merzdorf, nordöstlich Groß-Wartenberg, beim Plündern von unseren Patrouillen überrascht. Ebenfalls wurde das hinter unserer Demarkationslinie gelegene Gut Alyrode, südwestlich Margonin, von ihnen angegriffen und vollkommen ausgeplündert. Die Polen schleppten den Gemeindevorsteher von Alyrode und einen Mann mit sich weg. Der Ort selbst ist später wieder von uns besetzt worden. An der gesamten polnisch-oberschlesischen und posenschen Front herrscht rege polnische Patrouillentätigkeit. — Erneut wurden Polen mit französischen Stahlhelmen und graublauen Mänteln festgestellt.

:: **Die Schuld Rußlands am Weltkriege.** Die Reichsregierung bereitet eine neue Veröffentlichung russischer Dokumente aus der Vorbereitungszeit des Weltkrieges vor, die den Nachweis unzweifelhaft erbringen, welche schwere Schuld auf der russischen Regierung für den Ausbruch des Weltkrieges lastet. Angesichts der dreisten, beweislos aufgestellten Behauptungen Clemenceaus über die alleinige Schuld Deutschlands dürften die neuen Dokumente zu den bereits vorhandenen für die feindliche Koalition erdrückenden Schuldbeweisen gerade zur rechten Zeit kommen.

:: **Die Besetzung der Stelle des Regierungspräsidenten von Liegnitz.** Anstelle des Redakteurs und früheren Maurers Taubadel aus Görlitz, der seine Berufung auf den Liegnitzer Regierungspräsidentenposten abgelehnt hat, wurde Freiherr von Reibnitz, früherer Landrat in Falkenberg in Oberschlesien, der im Herbst vergangenen Jahres zur Sozialdemokratie übertrat, als Regierungspräsident gewählt.

Der Regierungspräsident von Wiesbaden, Dr. v. Meister, hat seine Versetzung in den Ruhestand erbeten. Von Herrn von Meister wurde kürzlich noch berichtet, daß er den Marschall Foch bei dessen Besuch in Wiesbaden in französischer Sprache begrüßte.

:: **Der Putschversuch in der Pfalz.** Der „Freistaat", das Organ der bayerischen Regierung, gibt Einzelheiten bekannt über die geplante Ausrufung einer neutralen pfälzischen Republik, die allmählich dem Deutschen Reiche entfremdet und dem französischen Protektorate zugeführt werden sollte. Danach war der Plan nach wochenlanger Beratung in geheimen

men Zusammenkünften, an denen auch französische Offiziere sich beteiligten, vorbereitet. Am 17. Mai erschien beim Regierungspräsidenten eine 21 Mann starke Abordnung und unterbreitete dem Regierungspräsidenten eine Erklärung, die unverzüglich die Proklamierung der Pfalz als eines selbständigen neutralen Staates verlangte. Der Regierungspräsident sagte der Abordnung, daß er am folgenden Tage die eigentlichen Vertreter des pfälzischen Volkes befragen werde. Das geschah auch, und die hier erschienenen Vertreter der Gewerkschaften des industriellen Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaft, der Geistlichkeit usw. nahmen eine Entschließung an, die mit größter Entschiedenheit die unauflösliche Zugehörigkeit der Pfalz an Deutschland betont. Es ist der Beweis erbracht daß die französischen Behörden hinter diesem Putschversuch gestanden haben, was daraus hervorgeht, daß sie die Verhaftung der deutschen Beamten, die die Verhaftung der Rädelsführer anordneten sie alsbald jedoch auf Veranlassung der französischen Militärbehörde wieder rückgängig machen mußten, vornahmen und auch den Bürgermeister von Landau festgenommen haben. Die Bevölkerung der Pfalz befindet sich infolge dieser Vorgänge in großer Aufregung.

Rundschau im Auslande.

Schweiz: Die Blockade gegen Deutschland.

* Nach dem „Journal de Geneve" weiß man in politischen Kreisen der Schweiz, daß der Bundesrat auf die Aufforderung der Entente der bedingungslosen Mitwirkung an der Blockade gegen Deutschland nicht eingehen wird.

Ungarn: Angebliche Erfolge der Magyaren.

* Das ungarische Korrespondenz-Bureau meldet: Unsere Truppen besetzten Miskolecz. Zwischen Apatfalve und Petervasara erfolgreiche Kämpfe. Eine Debrecziner Proletarierabteilung griff bei Petervasara die Tschechen an, nahm ein tschechisches Bataillon, 300 Mann gefangen und erbeutete 35 Maschinengewehre und viel Kriegsgerät. Nördlich von Szolnok bei Tiszaroff überschritt eine Kompagnie die Theiß und schlug dort mehrere Gegenangriffe der Rumänen zurück.

Oesterreich: Die Sozialisierung in der österreichischen Republik.

* Der Vizekanzler Fink hat eine Erklärung über die Sozialisierungspläne der Regierung abgegeben. Nach den Absichten der Regierung sollen sozialisiert werden: der Kohlenbergbau, der Kohlengroßhandel, die Eisengewinnung, die Roheisenerzeugung, die Elektrizitätswirtschaft, die Ausnützung der Wasserkräfte, die großen Waldungen, die Holzindustrie, und der Großhandel mit Holz. Ferner wird die Sozialisierung einzelner Zweige der chemischen Industrie erwogen, und schließlich sollen die militär-ärarischen Betriebe an besondere gemeinwirtschaftliche Anstalten übertragen werden.

** **Die dänische Butterausfuhr** nach Deutschland wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden, da es Deutschland gelungen ist, Devisen zur Bezahlung des ersten Teiles der Ausfuhr zu schaffen. Die dänische Butterproduktion hat in letzter Zeit stark zugenommen. Deshalb wird auch die Ausfuhr nach England und Schweden wieder aufgenommen werden.

** **Der neue Bürgermeister von Wien.** Der neue Wiener Gemeinderat wählte mit 110 gegen 52 Stimmen Jakob Neumann, Sozialdemokrat, zum Bürgermeister von Wien. In der Rede, mit der der neugewählte Bürgermeister die Wahl annahm, betonte er unter stürmischem Beifall, daß die Bevölkerung, möge auch der Friedensvertrag jetzt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes verwehren, den festen Willen habe, daß Wien die zweite Hauptstadt der deutschen Republik werde.

Kirche, Schule und Million.

Proteste.

Bei dem Evangelischen Preßverband sind bisher 1300 Sammelkundgebungen aus allen Teilen Deutschlands eingegangen gegen die Lostrennungsversuche in Ost und West und gegen die Entrechtung der deutschen Mission. Die Berliner Evangelischen Arbeitervereine erklärten geschlossen, nicht dulden zu wollen daß Deutschlands Arbeiter Sklaven des französisch-englisch-amerikanischen Kapitalismus werden und daß evangelische Volksgenossen losgerissen werden vom Mutterland der Reformation. Auch eine Million evangelischer Frauen hat durch die „Vereinigung evangelischer Frauenverbände" sich dem allgemeinen Protest angeschlossen und ein glattes Nein gefordert gegenüber den ungeheuren Zumutungen unserer Feinde, denn: „deutschen evangelischen Frauen steht die Ehre höher als ihr und ihrer Kinder Wohlergehn". Eine eindrucksvolle evangelische Kundgebung, an der über 10 000 Personen teilnahmen, fand in Breslau statt. Man sei, so erklärte sie, entschlossen, weiter den Heldenkampf fürs Vaterland zu führen und keine Opfer zu scheuen. Proteste der Deutsch-nationalen Volkspartei fanden statt in Chemnitz, Anklam, Neustettin, Filehne, Neuruppin, Friedrichsfelde und Remscheid. Besonders bemerkenswert ist die Forderung der Deutsch-nationalen Volkspartei, Verband Hansa, daß dem deutschen Kaiser ein regierungsseitig gesichertes Heim in Deutschland zur Verfügung gestellt werde. Diese Eingabe mit mehreren Tausend Unterschriften versehen, würde auch dem Reichspräsidenten durch Drahtung zur Kenntnis gebracht.

Deutscher evangelischer Kirchentag.

Auf Veranlassung des Deutschen Evangelischen Kirchen-Ausschusses wird ein allgemeiner deutscher evangelischer Kirchentag, zu dem etwa 300 Teilnehmer aus allen deutschen Kirchengebieten geladen werden sollen, tunlichst noch im Vorsommer d. J. an einem geeigneten Ort Mitteldeutschlands zusammenberufen werden.

6 Millionen Stimmen für Erhaltung des Religionsunterrichts!

Die Unterschriftensammlung für Erhaltung der christlichen Grundlagen des Schulwesens, die nur in Norddeutschland eingeleitet ist, hat die Höhe von beträchtlich über sechs Millionen evangelischer Stimmen erreicht. Davon entfallen allein auf das Gebiet der altpreußischen Landeskirche 3 600 000 Stimmen.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, den 25. Mai 1919.

— **Sozialer Kursus** für evangelische Beamte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Wie in jedem Jahre, so veranstaltet auch jetzt wieder vom 10. bis 13. Juni die Evangelisch-soziale Schule e. V. in Bethel bei Bielefeld einen politischen Informationskursus für die evangelischen Beamten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Es werden über die politische Lage reden der Generalsekretär und Schriftleiter Wilhelm Wallbaum, M. d. N., und F. Baltrusch, Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Berlin. Über den Komplex der Sozialisierungsfragen werden sprechen Generaldirektor Dr. Hugenberg, M. d. N., und Karl Meyer, Vorsitzender des Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter. Über die Frage von Kirche und Schule werden reden der Vertreter des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften im Königreich Sachsen, Stadtverordneter und Gewerkschaftssekretär Hermann Vogt, Dresden, und Stadtverordneter Verbandsvorsitzender Georg Streiter, Berlin. Parallel mit diesem sozial-politischen Kursus läuft ein religiöser Kursus, auf dem der dritte Artikel des Glaubensbekenntnisses besprochen wird, und zwar werden reden die Dozenten der Theologischen Schule zu Bethel: Pastor Schrenk über „Der heilige Geist", Pastor Österreicher über „Die Kirche und Gemeinschaft der Heiligen", Pastor D. Jaeger über „Sündenvergebung und ewiges Leben". Zur Teilnahme an dem Kursus sind alle beruflich oder hauptamtlich in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung tätigen Beamten und Beamtinnen zugelassen. Meldungen zu richten an die Geschäftsstelle der Evangelisch-sozialen Schule e. V., Bethel bei Bielefeld, von wo weitere Auskunft erteilt wird.

— **Der Elternbund der Jakobusgemeinde** beschloß in seiner letzten Vollversammlung betr. unserer Kleinkinderschule:

1. Wir schulden unsern Kleinkinderschulen unverlöschlichen Dank für ihre seit Jahrzehnten an unsern noch nicht schulpflichtigen Kindern geübten, gesegneten Liebesdienste.

2. Wir wissen auch fernerhin unsere Kinder nirgendwo besser aufgehoben als in der Obhut unsrer nach Geist und Herz für ihren Beruf geschulten Leiterinnen der Kleinkinderschulen.

3. Wir verlangen um der Gerechtigkeit und Vernunft und um des Wohles unsrer Kinder willen, daß alle störenden Eingriffe in diese lieblichen Erziehungs- und Bewahrungsstätten unterbleiben.

— **Vortrag.** Am Dienstag abend 8 Uhr hält Pastor Michaelis in der Volkshalle am Papenmarkt einen Vortrag über das Thema: Wie reden wir mit unsern Kindern über Religion?

— **Die Kurkinder** aus Salzuflen treffen am Mittwoch, den 28. Mai, nicht um 4.12 Uhr sondern um 6.51 Uhr hier ein. Sollte der Anschluß in Herford nicht erreicht werden, so kommen die Kinder um 8.10 Uhr hier an. Das Gepäck der Kinder wird um 6 Uhr auf dem Wochenmarkte, Eingang Paulusstraße, ausgegeben.

Bücherschau.

Dr. E. von Sallwürk sen., Staatsrat, Mitglied der Akademie der Wissenschaften zu Heidelberg. Entwicklungsfreiheit. Pädagogisches Magazin, Heft 695. Langensalza, Hermann Beyer u. Söhne. 1919, 26 Seiten. Preis 75 Pfg. Der Verfasser fordert eine weitere Ausbildung und eine zweckentsprechendere Beziehung des Fachschulwesens zu den anderen Bildungsanstalten. Wenn die für allgemeine Bildung bestimmten Schulen durch die Einrichtung ihrer Lehrpläne auch der beruflichen Fachbildung dienen wollten, verfehlten sie ihre Aufgabe. Jede Lehranstalt für allgemeine Bildung hätte die Jugend vor allem geistig und körperlich auszubilden, sie im Denken, Urteilen und Schließen zu üben. Es dürfen aber keinem Schüler die Fähigkeit fehlen, sich zu entschließen. Der Heimatkunde legt der Verfasser eine große Bedeutung bei. Er sagt: „Der Gegenstand, der im Mittelpunkt dieses ganzen Unterrichtes (der ersten Schuljahre) steht, ist die Heimatkunde, ein Stoff, der auch die sittlichen Beziehungen des Kindes zu seiner Umgebung in sich begreift." B.

Eine genossenschaftliche Abwasserverwertung.

Vor einiger Zeit ist im Buchhandel (Parey, Berlin) eine Schrift erschienen „Die Rieselfeldanlage der Stadt Dülmen", von Rentmeister Kreuz, die es verdient, in weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Die meist recht hohen Bodenpreise in der Nähe der Städte machen es vielfach unmöglich, geeignetes Gelände für Rieselfelder seitens der Städte käuflich zu erwerben. Sehr oft wird es aber möglich sein, die Reinigung der Abwässer einer Genossenschaft zu übertragen. Verfasser zeigt nun an dem Beispiel der Stadt Dülmen, in wie einfacher und praktischer Weise die Beseitigung des Abwassers und dessen landwirtschafliche Verwertung mitunter möglich ist.

Die zur Rieselung eingerichteten Flächen bestehen aus 2 Teilen von zusammen 100 Hektar Größe. Nur etwa 16 Hektar davon waren gute Wiesen, alles übrige Gelände, entweder versumpfte Wiesen, mangelhaft kultivierte oder unkultivierte Heide, einige Teile Kiefernwald.

Die Flächen wurden kultiviert und teils zu Wiese, teils zu Ackerland eingerichtet. Die Klärung des Wassers geschieht durch Oberflächen- und Überstauungs-Berieselung, verbunden mit Drainage. Das zugeführte Wasser kann durch geschickt benutztes Bachwasser nach Belieben verdünnt werden, es fließt den Rieselflächen mit natürlichem Gefälle zu. Die Kosten für die Zuführung des Wassers bis zum Rieselfeld hat die Stadt übernommen, während die Einrichtung der Flächen zur Rieselung die Genossenschaft bezahlt. Zur jährlichen Unterhaltung, die durch ein Statut gesichert ist, trägt die Stadt einen bestimmten Betrag bei. Die Genossenschaft verpflichtet sich, die sämtlichen Abwässer der Stadt, soweit sie nicht schädlich für die Kulturen sind, aufzunehmen und ordnungsmäßig zu reinigen. Die Anlagen, die während des Krieges durch Kriegsgefangene ausgeführt worden sind, haben sich vorzüglich bewährt. Sch.

Letzte Nachrichten.

Clemenceaus Antwort auf unsere Wirtschaftsnote.

Sämtliche deutsche Noten und Vorschläge sind bis jetzt abschlägig beschieden worden. Wie Reuter meldet, haben die Alliierten auf Brockdorff-Rantzaus Note vom 13. Mai über die wirtschaftlichen Bestimmungen erklärt, die in der Note enthaltenen Beschwerden bezüglich der Bevölkerung, der Schiffahrt, der Kohlen, der Blockade usw. seien übertrieben. Deutschland müsse sich vergegenwärtigen, daß es aus dem Unglück, das über die ganze Welt gekommen und für das es hauptsächlich verantwortlich sei, nicht ohne Einbuße hervorgehen könne.

Rückkehr der Minister aus Spaa.

Die deutschen Delegierten werden bereits Freitag abend von Spaa wieder abreisen. Infolge Abwesenheit der wichtigsten Kabinettsmitglieder hat keine Kabinettssitzung stattgefunden.

** **Der Polizeidirektor von Metz verhaftet.** Kapitän Balland, der Polizeidirektor von Metz, wurde verhaftet. Man sagt, daß er sich des Mißbrauches seiner Amtsgewalt schuldig gemacht habe, indem er den Deutschen in Lothringen volle Bewegungsfreiheit verlieh. Weiter soll er sich verschiedener Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht haben.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

Ernser Wasser

Was ist das Evangelium?
von Pastor S. Jaeger, Dozent an der Theologischen Schule zu Bethel.
Eleg. kartoniert, zurückgesetzt.
Statt 1.20 nur —.50.
„Es ist in unserer kritisch dünkelhaften Zeit ein wirkliches Labsal, dem Ideenfaden eines Mannes zu folgen, der mit der Denkkraft und Sorgfalt eines wahrheitsuchenden Forschers die Wärme eines lebendigen Christen verbinden." (Positive Union.)
Bestellungen richte man freundlichst an das
Antiquariat der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Soeben im Druck:
Deutschlands einzige Rettung
von **Ernst Schreiner.**
32 Seiten geheftet, —.35 Pfg., 50 Expl. 15.— Mk., 100 Expl. 25 Mk. und 10% Teurungszuschlag, Porto extra.
Das ist ein ernster Bußruf an unser Volk, er sollte in jedes Haus. Das ist es, was unserem Volke fehlt: zurück zu Gott. Wer unser Volk lieb hat, helfe, daß dieser Aufruf in Massen unter dasselbe kommt.
Durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom
Brunnen-Verlag Gießen, Postscheckk. Frankfurt 5107.

Preisgekröntes **Lehrbuch der Landwirtschaft** von K. Schlipf 21. neubearb Auflage, 597 Seiten mit 850 Abbild. Mk. 13,35. Der Landwirtschaftslehrling 9,10. Einträgl. Gemüsebau 9,70. Gartenbuch 5,75. Kaninchenzucht 3,60. Ziegenzucht 3,60. Geflügelzucht 3,60. Geflügelfütterung 3,60. Entenzucht 2,20. Gänsezucht 2,20. Bienenzucht 5.—. 1000 Rezepte zu Handelsartikeln 6,—. Guter Ton und feine Sitte 5,50. Mod. Tanzlehrbuch 3,35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3,20. Geschäfts- und Privatbriefsteller 5,50. Gegen Nachnahme.
L. Schwarz & Co., Berlin CS., 14. Annenstr. 24.

Meiner Zeitung meine Anzeigen!

Hautleiden:
Krätze, Hautjucken, Ausschläge, Geschwüre, Beinleiden, Hämorrhoiden
innere Krankheiten
einschl. **Nervenleiden,** behandelt in langjähr. erfolgreicher Praxis
W. Hermann, Bielefeld,
Hagenbruchstrasse 10, am Klosterplatz.
Täglich von 8—11 und 2—6. Sonntags von 8—11 Uhr.

Zerrissene Strümpfe, Wollne, Baumwollne, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.


Unsern lieben Eltern, **Wilhelm Theilmann und Frau Anna,** geb. Griese, in Steinhagen, die
herzl. Glück- u. Segenswünsche zur silbernen Hochzeit.
Die dankbaren Kinder.

Vollmilchverteilung.

Am Montag, den 26. Mai 1919, ab sind folgende Vollmilchmengen festgesetzt:

Für Kinder im ersten Lebensjahre täglich 1 Liter
" " " 2. u. 3. " " ¾ "
" " " 4. u. 6. " " ½ "
Für alte Leute von 70 bis 74 Jahren täglich ⅛ Liter
" " " " 75 " 79 " " ¼ "
" " " " 80 Jahr. u. darüber tägl. ½ Ltr.

Bis zur nächsten Brotbuchausgabe gelten die bisherigen Milchmarken auch für die obigen höheren Sätze.

Der Magistrat.